



PIRATEN
PARTEI

**Wahlprogramm des
Regionsverbandes Hannover
der Piratenpartei
Deutschland
zur Kommunalwahl 2011**

Stand: Juli 2011

Präambel

Die Piratenpartei ist aus einer weltweiten politischen Bewegung gegen Grundrechtsabbau und Überwachung entstanden. Sie setzt sich für Bürgerrechte, für Datenschutz und für den gläsernen Staat ein. Kommunalpolitik ist von allen politischen Ebenen diejenige, die am direktesten die unmittelbaren Lebensumstände jedes einzelnen Bürgers beeinflusst. Die Piratenpartei tritt deshalb zur Kommunalwahl 2011 in der Region Hannover an, um ihre bürgernahe Politik und ihre Forderungen nach Transparenz auch auf kommunaler Ebene zu verankern.

Das vorliegende Programm fasst dabei die inhaltlichen Eckpunkte zusammen. Es ist in den vergangenen Monaten als Gemeinschaftswerk aller Mitglieder der Piratenpartei in der Region Hannover entstanden. Dabei waren es insbesondere die neuen Möglichkeiten von Internet und computergestützter Kommunikation, die diese gemeinschaftliche Arbeit möglich gemacht haben. Über E-Mails, Diskussionsforen und verteilte Textverarbeitungssysteme ist jederzeit ein Austausch möglich gewesen, Ideen konnten entwickelt werden, ohne dass alle Beteiligten sich stets treffen oder auch nur gleichzeitig daran arbeiten mussten.

Politik ist ein Dienst für den Bürger - und zwar für jeden Bürger. Die Piratenpartei will auch einen Politikbetrieb aufbrechen, der sich oft nur um sich selbst dreht oder sich überdurchschnittlich an den Wünschen kleiner aber einflussreicher gesellschaftlicher Gruppen orientiert. Das Motto der Piratenpartei gilt dabei im Europaparlament genauso wie im Stadtrat von Hannover und im weltweiten Internet genauso wie im Ortsrat von Mandelsloh:

Klarmachen zum Ändern!



PIRATEN

PARTEI

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	1
Abbildungsverzeichnis.....	4
Politik 2.0.....	5
Bildung.....	7
Mehr Demokratie.....	12
Stadtentwicklung - die "Politik des öffentlichen Raumes"	15
Verkehrspolitik.....	18
Sozialpolitik.....	23
Umwelt.....	25

Abbildungsverzeichnis

Politik 2.0

Die Piratenpartei steht seit Ihrer Gründung für eine transparente und bürger-nahe Politik. Wir stehen zur parlamentarischen Demokratie und wollen den Einfluss von Wirtschaftsverbänden (Lobbyismus) minimieren. Wir fordern klare, nachvollziehbare politische Entscheidungsprozesse. Wir wünschen eine intensive Einbeziehung des Sachverständigen der Bürger in die Entscheidungsfindung.

Was verstehen wir unter Politik 2.0?

Der einzelne Bürger wird in den gesamten Prozess der politischen Willensbildung stärker als bisher einbezogen. Das verbessert die Bürgerbeteiligung und steigert allgemein die Akzeptanz von politischen Entscheidungen im Ganzen.

Wichtig ist für uns die Transparenz allen politischen Handelns. Bürger müssen frühzeitig informiert, eingebunden, beteiligt, integriert und gefragt werden. Des Weiteren werden getroffene Entscheidungen nachvollziehbar dargestellt.

Informationsgesellschaft

Die Piratenpartei Deutschland wurde im Jahr 2006 gegründet als politische Interessenvertretung derjenigen Menschen, die den Erhalt der bürgerlichen Freiheiten - insbesondere im Internet - durch eine Vielzahl von Gesetzesverschärfungen und -neuregelungen der vorangegangenen Jahre gefährdet gesehen haben.

Mittlerweile hat sich die Partei weiterentwickelt. Mit mehr als 13.000 Mitgliedern in ganz Deutschland stehen wir heute auch für lokale Themen. Möglich machen dies zahlreiche aktive Piraten vor Ort, die sich auf Aktiventreffen, Stammtischen und bei Arbeitstreffen vernetzen.

Unsere Kommunikation erfolgt seit Anbeginn digital und online; per E-Mail, Blogs, sozialen Netzwerken wie Facebook, oder Kurznachrichtendiensten wie Twitter sind wir stets verbunden. Die Möglichkeiten, die das Internet bietet, sehen wir auch für die politische Weiterentwicklung als immens wichtig an.

Die Piratenpartei Region Hannover steht für eine neue Kommunalpolitik - Politik 2.0.

Bürgerbeteiligung

Nicht erst seit Stuttgart 21 fordert die Piratenpartei eine stärkere Einbindung der Bürger in die Weiterentwicklung von politischen Vorhaben.

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung mittels Befragungen, Volksentscheiden, Arbeits-Interessengemeinschaften muss mehr passieren, als derzeit umgesetzt ist. Dafür steht die Piratenpartei ein! Wir wollen die digitale Kluft in der Gesellschaft schließen. Die neuen elektronischen Medien und ihre Möglichkeiten dürfen kein Privileg mehr sein. Der Zugang zu ihnen darf nicht davon abhängen, ob jemand alt oder jung ist, arm oder reich oder von Stand und Herkunft.

Unsere Stadt gehört uns.

Mit dem Satz verbinden wir eine Politik von den Bürgern für die Bürger. Es darf nicht mehr sein, das allzu realitätsfern über Themen in Hinterzimmern entschieden wird, ohne dass Bürger gehört, befragt oder einbezogen werden. Transparenz und bürgernahe Mitmachpolitik sind die Zukunft!

Städte und Gemeinden müssen sich den neue technische Möglichkeiten weiter öffnen und zur Informationsverbreitung auch Medien wie Blogs, Twitter und Newsletter nutzen und öffentliche Sitzungen z.B. als Video-Stream langfristig zur Verfügung stellen.

Mittels kostenfreiem WLAN und PC-Plätzen in Parks, öffentlichen Plätzen, im ÖPNV und Bürgerämtern soll jederzeit auf das Informationsangebot zugegriffen werden können.

Die Verwaltung soll nach Überzeugung der Piraten transparenter über Aufga-

ben, Zuständigkeiten und Finanzthemen berichten. Es reicht nicht, einen Haushaltsplan mit über 1.000 Seiten ohne ausreichende Kommentierung als Dokument online zu stellen. Nur mit einer Erläuterung sind die Informationen auch für den Bürger verständlich.

Die Piratenpartei setzt sich für einen Bürgerhaushalt ein - der den Bürgern aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten gibt.

Bildung

Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft von großer Bedeutung, um jedem Menschen unabhängig von seiner sozialen Herkunft ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Dabei sollen die Belange des Lernenden im Vordergrund stehen.

Der freie Zugang zu Information und Bildung ist jedoch nicht nur im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung notwendig, sondern auch maßgebend für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der deutschen Volkswirtschaft, da nur durch den Erhalt, die Weitergabe und die Vermehrung von Wissen Fortschritt und gesellschaftlicher Wohlstand auf Dauer gesichert werden können.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Die öffentliche Bildungsinfrastruktur

Der freie Zugang zu Bildungseinrichtungen ist im Interesse aller. Deshalb ist es Aufgabe der gesamten Gesellschaft, in Form des Staates, eine leistungsfähige

und ihrem Zwecke angemessene Bildungsinfrastruktur zu finanzieren und frei zur Verfügung zu stellen. Private Finanzierung öffentlicher Bildungseinrichtungen ist grundsätzlich zu begrüßen, solange sie keinen Einfluss auf die Lehrinhalte hat. Bildungsgebühren jeglicher Art schränken den Zugang zu Bildung ein und werden deshalb von der Piratenpartei kategorisch abgelehnt.

Aus diesem Grund ist auch die Lehrmittelfreiheit zu befürworten. Dies kann dadurch erreicht werden, dass die Verwendung und das Schaffen von freien Werken zur Vermittlung von Wissen unterstützt und ausgebaut wird. Diese freien Werke sind nicht nur kostenfrei im Unterricht einsetzbar, sondern ermöglichen dazu dem Lehrenden, ohne rechtliche Hürden das jeweilige Lernmittel an seinen Unterricht anzupassen.

Bildung als individueller Prozess

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Institutionelle Bildung soll daher den Einzelnen unterstützen, seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. Die Bildungsinhalte haben auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen zu basieren und müssen von einem möglichst neutralen Standpunkt aus vermittelt werden. Dies beinhaltet vor allem eine sachliche Darstellung, die Ausgewogen-

heit der Standpunkte und eine kritische Quellenbewertung.

Demokratisierung der Bildungseinrichtungen

Die Bildungseinrichtungen sind für die Schüler und Studenten ein prägender und umfassender Bestandteil ihres Lebens. Sie sind deswegen als Lebensraum der Lernenden zu begreifen, dessen Gestaltung und Nutzung ihnen stets offen stehen muss. Eine demokratische Organisation der Bildungseinrichtungen soll den Lernenden eine angemessene Einflussnahme ermöglichen. Auf diese Weise werden demokratische Werte vermittelt und vorgelebt, die Akzeptanz der Entscheidungen erhöht, sowie das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Bildungseinrichtungen gestärkt.

Frühkindliche Bildung

Die frühkindliche Bildung hat für die Piratenpartei eine besondere Bedeutung. Ihre Aufgabe muss es sein, alle Kinder in Ihren persönlichen und sozialen Kompetenzen so zu fördern, dass sie unabhängig von ihrer Herkunft und ihren körperlichen oder seelischen Grundvoraussetzungen die bestmögliche Unterstützung für den Übergang in den schulischen Bereich erhalten.

Die Piratenpartei setzt sich für das Recht auf eine ganztägige Betreuung in Kindertagesstätten für Kinder ab dem dritten Lebensjahr ein. Die Öffnungs-

zeiten der Kitas sollen dem Bedarf der Eltern und nicht dem des Trägers angepasst sein. Die aktuelle Regelung, nur ein Recht auf einen Betreuungsplatz für mind. 4 Stunden pro Tag zu haben ist, an der gesellschaftlichen Entwicklung gemessen, überholt.

Alle Kinder besitzen bereits im frühkindlichen Alter ein großes Lern- und Entwicklungspotential. Sie sind neugierig und haben Spaß daran, Neues zu entdecken, auszuprobieren und zu üben. Es ist daher unabdingbar, die Einrichtungen der Tagesbetreuung von Kindern auch als Bildungseinrichtungen anzuerkennen. Ziel der Piratenpartei ist es daher, auf diese Anerkennung nachhaltig hinzuwirken. Damit geht einher, die entsprechenden Regelungen der Finanzierung für Schulen auch hier anzuwenden. Ziel ist es, den Besuch dieser Einrichtungen ebenfalls, wie den Besuch der Schule, kostenfrei zu stellen. Dazu zählt auch das Angebot einer kostenfreien und ausgewogenen Ernährung während der Betreuungszeit.

Berücksichtigung von Vereinbarkeit und Beruf

In Zeiten stagnierender Einkommen bei steigenden Ausgaben ist es für viele Familien mittlerweile erforderlich, dass beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Arbeitssuchende Eltern haben aber oft Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, wenn sie keinen Kitaplatz vorweisen können. Der Kitaplatz bleibt diesen Eltern aber wieder-

um verwehrt, da viele Träger der Kindertagesstätten einen Arbeitszeitenachweis vom Arbeitgeber fordern.

Die Piratenpartei schlägt daher vor, die bürokratischen Hürden zur Erlangung eines bedarfsgerechten Betreuungsplatzes auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Es muss den Eltern möglich sein, ihr Kind auch in einer anerkannten Einrichtung in der Nähe ihres Arbeitsplatzes betreuen zu lassen.

Ein weiteres Ziel der Piratenpartei ist es, darauf hinzuwirken, dass der Bestand an Kita-Plätzen weiter ausgebaut, sowie der Bedarf durch eine zentrale Stelle regionsweit ermittelt wird. Damit soll erreicht werden, dass es auch durch Doppelanmeldungen in unterschiedlichen Einrichtungen keinen Grund für das Vorhalten von Wartelisten mehr gibt.

Schulische Bildung - Lernziele statt Lehrpläne

Jeder Unterricht hat das Ziel, den Lernenden etwas ihnen bisher Unbekanntes bekannt zu machen oder etwas bereits Bekanntes durch Wiederholung im Gedächtnis zu festigen. Dies geschieht entweder durch bewusste Beschäftigung der Lernenden mit einem Thema oder durch Erlernen von Verhaltensweisen und Verfahren während der Beschäftigung mit einem anderen Thema. Sofern die Wahl von Themen oder Verfahrensweisen für das Lernziel nicht von besonderer Bedeutung ist, wird sie von den Lernenden getroffen. Den Ler-

nenden soll bekannt sein, welches Lernziel jeweils verfolgt wird. Die Lernziele ergeben sich so, dass die allgemeinen Ziele der Bildung - ausgehend vom jeweiligen Kenntnisstand - den Fähigkeiten und den Interessen der Lernenden möglichst weitgehend erreicht werden.

Medienkompetenz

Das Finden, Verstehen, Bewerten und Verbreiten von Informationen in unterschiedlichsten Darstellungen wird in Zukunft immer wichtiger. Das Verständnis der gefundenen Information wird einerseits durch die größere kulturelle Entfernung zu einigen der Autoren erschwert, gleichzeitig ergibt sich durch schnelle und umfangreiche Online-Nachschlagewerke die Möglichkeit, unbekannte Begriffe Bruchteilen von Sekunden nachzuschlagen. Ein immer größerer Teil des zum Verständnis nötigen Wissens wird also nicht mehr durch Allgemeinbildung geliefert, sondern bei Bedarf erworben.

Der Bewertung von Informationen kommt in einer Zeit, da die Verbreitung derselben faktisch kostenlos ist, eine große Bedeutung zu. Daraus ergibt sich, dass auch in Schulen frühzeitig eine Medienkompetenz erworben werden muss.

Die Piratenpartei der Region Hannover steht dafür ein, dass begründet durch die bereits erfolgreichen Pilotprojekte und Studienergebnisse sogenannte Laptopklassen flächendeckend einge-

führt werden. Um finanziell schlechter gestellte Familien nicht auszuschließen, sollten die benötigten Geräte auch kostenfrei durch die Schule gestellt werden. Ein genereller Erwerbszwang bestimmter Geräte ist abzulehnen. Vielmehr ist ausschließlich Open Source einzusetzen, um größtmögliche Flexibilität zu erreichen und gleichzeitig die Kosten zu minimieren.

Für die Klassen 2 bis 6 sollen die Schulbücher sukzessiv durch ebook-Reader ersetzt werden. Auch diese Geräte sind durch die Schule zu stellen. Da der Unterrichtsinhalt in den Grundschulen nur wenigen Änderungen unterliegt, können diese Geräte mehrere Jahre genutzt werden.

Volkshochschule

Die Erwachsenenbildung ist ein weites Feld. Sie reicht von Alphabetisierungs- und Sprachkursen im Rahmen der Integration von Zuwanderern über die betriebliche Fortbildung und privatwirtschaftliche Qualifizierung bis hin zu einem Zweit- oder Drittstudium an einer Hochschule. Dem lebenslangen und berufsbegleitenden Lernen fällt eine immer weiter zunehmende, wichtige Rolle in Gesellschaft und Wirtschaft zu. Wir, die Piratenpartei, sehen daher im Rahmen der Volkshochschulen Hannovers eine Chance, das lebenslange Lernen zunehmend zu etablieren und regen an, entgegen geplanter Kürzungen, die VHS weiter auszubauen und zu professionalisieren.

Das reicht von der Errichtung weiterer Zweigstellen bis hin zum Ausbau zusätzlicher, zertifizierter Fortbildungsmöglichkeiten. Beispielsweise können mit der Einführung von Summerschools, Kursen und Rahmenlehrplänen in Kooperation mit den Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten können die Volkshochschulen noch effizienter als bisher in unsere Bildungslandschaft integriert werden.

Die Einführung und der weitere Ausbau von Online-Werkzeugen, welche ein orts- und zeitunabhängiges Lernen ermöglichen, sind damit ebenfalls wie im allgemein-schulischen Bereich unerlässlich.

Finanzierung

Die bildungspolitischen Aufgaben, die vor uns liegen, können durch eine Umschichtung der Landesmittel allein nicht finanziert werden. Der Bildungshaushalt zur Realisierung der Aufgaben muss dazu angehoben werden. Um dies zu realisieren, muss gemeinsam mit dem Bund ein neuer Finanzierungsmodus vereinbart werden. Bildung darf nicht allein Sache der Länder bleiben!

Durch die Verbesserung der Bildung wird die zukünftige Grundlage für ein gleichmäßiges, wirtschaftliches Wachstum und damit für steigende Steuereinnahmen gelegt. Folgekosten in den sozialen Sicherungssystemen können nachhaltig eingespart werden.

*Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2011
des Regionsverbandes Hannover der Piratenpartei Deutschland*

Die Piratenpartei geht davon aus, dass höhere Bildungsausgaben kurzfristig durch Einsparung von Subventionen und mittelfristig durch Steuermehreinnahmen und Einsparungen bei den Sozialausgaben finanziert werden können.

Mehr Demokratie

Die politischen Parteien sind zunehmend nur damit beschäftigt, ihren Machterhalt zu organisieren. Die parlamentarische Demokratie braucht die Stärkung der Teilhabe der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen. Dieses will die Piratenpartei durch folgende Punkte erreichen.

Infrastruktur für Bürgerinitiativen

Für die zeitlich befristet arbeitenden Bürgerinitiativen ist der Aufbau einer eigenen Infrastruktur (Versammlungsräume, Konto, Adresse, Telefon, Büro) unverhältnismäßig schwierig. Meist schließen sich in Hannover Bürgerinitiativen anderen bestehenden Institutionen an - das kann in Hannover das Umweltzentrum, der Heimatbund oder das Bürgerbüro Stadtentwicklung sein. Institutionen, die sich derart für eine Kultur der Bürgerbeteiligung verwenden, sollen unterstützt werden. Derzeit plant die Stadt eine Kürzung der Mittel für das Bürgerbüro Stadtentwicklung von ursprünglich 120.000 Euro auf 60.000 Euro. Eine Koalition, die gerade an der Bürgerbeteiligung sparen will, sollte abgewählt werden.

Das gläserne Rathaus

Das gläserne Rathaus bedeutet für uns den öffentlichen Zugang zu allen kommunalen Daten, soweit dadurch nicht der Schutz der Privatsphäre verletzt wird. Wir wollen, dass Portale zur Veröffentlichung aller Protokolle, Einladungen und Drucksachen des parlamentarischen Betriebes weiterentwickelt werden. Die Übertragung öffentlicher Sitzungen über das Internet sowie ein Archiv der Sitzungen zum späteren Abrufen ist die moderne Art, Öffentlichkeit und Transparenz herzustellen und für uns eine Selbstverständlichkeit.

Bei allen EDV-Anwendungen sollen offene Dateiformate verwendet werden, da so die Daten frei zwischen verschiedenen Programmen und Systemen verwendet werden können. Langfristig streben wir die Verwendung kostenloser Programme auf kommunalen Rechnern an.

Aktive Werbung für Bürgerbeteiligung

Wenn Planungen beginnen, bei denen zu erkennen ist, dass sie kontrovers diskutiert werden, soll die Stadtverwaltung aktiv auf die Bürger zugehen, und sie zur Beteiligung aufrufen. In Hannover werden zu recht Veranstaltungen für die Bürger von der Stadt angeboten und beworben (z.B. der Regionstag, der autofreie Sonntag). Da sollte es selbstverständlich sein, rechtzeitig auch die Bür-

gerbeteiligung an Planungen durch Flyer und Plakate zu bewerben.

Förderung direkt-demokratischer Verfahren

Neben der Direktwahl der Bürgermeister gibt es bisher an direkt-demokratischen Verfahren Einwohnerantrag, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid und Bürgerbefragung. In Niedersachsen kommt es in einer Gemeinde alle 78 Jahre zu letzteren Verfahren (in Bayern alle 14 Jahre). Das ist eindeutig zu selten. Wir wünschen uns die folgenden Veränderungen:

Bürgerbefragung

Die wesentlichen Vorteile der Bürgerbefragung zur Expo 2000 waren die rechtzeitige Klärung fast aller Einzelheiten, Einkehr politischer Ruhe nach der Abstimmung, erhöhte Akzeptanz und Identifizierung der Bürger mit der Expo. Solche Bürgerbefragungen sollte es öfter geben. Daher muss sich jeder Rat eine Satzung für Bürgerbefragungen geben, damit von vorneherein transparent ist, unter welchen Bedingungen die Befragung ablaufen würde. Wenn dann eine solche Frage auftaucht, können die Wahlbürger schnell befragt werden.

Wir wünschen eine Bürgerbefragung zur Entscheidung über den Bau der Stadtbahnlinie D. Es handelt sich um ein teures Großprojekt mit erheblichen Behinderungen durch die Bauarbeiten

und erheblichem finanziellem Aufwand, aber auch einem großen langzeitigen Nutzen für die Bevölkerung. Diese Entscheidung sollte auf den Schultern aller Bürger liegen.

Bürgerinitiative und Bürgerentscheid

Durch hohe Hürden und viele Ausschlusskriterien werden die Bürger vom Betreiben solcher Verfahren abgeschreckt und vom demokratischen Prozess ausgeschlossen. Die Anzahl der Bürger, die eine Bürgerinitiative unterstützen müssen, sollte wie beim Einwohnerantrag je nach Gemeindegröße gestaffelt werden (bei kleinen Gemeinden 10%, bei großen Gemeinden 3%). Die lange Liste der Ausschlusskriterien (z.B. sind Planfeststellungs- und Bauleitverfahren ausgeschlossen) sollte verkürzt werden.

Bürgermeisterstichwahl

Die Direktwahl der Bürgermeister stärkte die Einflussnahme der engagierten Bürger und auch die demokratische Legitimation der gewählten Repräsentanten. Die bestehende CDU/FDP-Koalition hat nun die Stichwahl abgeschafft (wenn kein Bewerber im ersten Wahlgang die absolute Stimmenmehrheit erhielt, kam es zu einem erneuten Wahlgang zwischen den zwei Kandidaten mit den meisten Stimmen). Jetzt wird es entweder zu nicht transparenten Verhandlungen der Parteien vor dem 1.

Wahlgang kommen oder kleine Parteien können den Wahlausgang nicht mitbestimmen. Die Piratenpartei spricht sich daher für die Wiedereinführung der Stichwahl aus.

Bürgerrat

Mit dem Bürgerrat wird dem Rat einer Gemeinde ein Instrument an die Hand gegeben, um ohne große Kosten die Stimmung in der Bevölkerung zu erfahren. Dieser Bürgerrat besteht aus per Zufall ausgesuchten Wahlbürgern. Ihre Zahl soll mindestens 15 mal so groß sein, wie der zuständige Rat Sitze hat. Die zum Eintritt in den Bürgerrat aufgeforderten Bürger können ihren Sitz auf Dauer an einen anderen Wahlbürger der gleichen Gemeinde abgeben. Niemand darf mehr als eine Stimme haben. Der Rat legt diesem Gremium per Internet bis zu 3 mal im Jahr bis zu 5 Fragen vor. Mehr wichtige Fragen dürfte es nicht geben.

Es wird transparent namentlich mit Veröffentlichung im Internet abgestimmt. Diese Bürger sind nämlich wie Abgeordnete und bekommen deshalb auch eine Aufwandsentschädigung von 5 Euro pro abgegebenen Bogen. Die Abstimmungsergebnisse sind unverbindlich.

Stadtentwicklung - die "Politik des öffentlichen Raumes"

Die Piratenpartei versteht den öffentlichen Raum als Freiraum für alle. Dieser muss erhalten und gestaltet werden. Das betrifft den Raum an sich, der auch langfristig Freiflächen in den oftmals dicht bebauten städtischen Quartieren bieten soll. Es betrifft aber auch das Zusammenleben in diesem Raum, das einerseits von gegenseitigem Miteinander und Rücksichtnahme geprägt sein muss, andererseits aber nicht zu diesem Zwecke überreglementiert werden darf.

City 2020+

Die Piratenpartei sieht das stadtplanerische Umgestaltungsprojekt für die Plätze und Räume in der Innenstadt ("City 2020+") als gute Diskussionsgrundlage. Allerdings muss gewährleistet sein, dass die oben beschriebenen Aufgaben des öffentlichen Raumes gesichert sind. Außerdem ist stets zu beachten, dass einerseits öffentlicher Raum nicht unter Wert an Privatinvestoren verkauft wird und andererseits keine neuen Verbindlichkeiten im Rahmen solcher Projekte entstehen. Damit sind unserer Ansicht nach wichtige Voraussetzungen für eine

nachhaltige und an langfristig zukunfts-sicheren Werten orientierte Stadtentwicklung gegeben.

Innerstädtische Geschwindigkeitsregelung - keine allgemeine Tempo-30- Zone

Das bestehende Grundkonzept zur Geschwindigkeitsregelung in Hannover sieht Tempo 30 in Wohngebieten und Tempo 50 auf den übergeordneten Straßen vor. Die Piratenpartei hält diese Lösung für sinnvoll und hält daran fest.

Sachorientierte Geschwindigkeitskontrollen

Geschwindigkeitskontrollen dienen der Verkehrssicherheit. Die Piratenpartei hält es deshalb für sinnvoll, diese auf Unfallschwerpunkte und Gefahrenstellen zu begrenzen. Verkehrskontrollen, die dem Zweck der Aufbesserung der kommunalen Finanzen dienen, lehnen wir ab.

Barrierefreiheit

Straßen und Wege müssen als öffentlicher Raum allen Nutzern möglichst gut zur Verfügung stehen. Die Piratenpartei tritt deshalb dafür ein, alle Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit kontinuierlich fortzusetzen. Neben den Absenkungen von Bordsteinkanten und

ausreichend breiten Wegführungen, auch in den Umlandgemeinden, sehen wir einen wichtigen Aspekt auch im Austausch von Kopfsteinpflaster gegen nutzungsfreundlichere Straßenbeläge wie glatte Pflasterungen oder Asphalt-/Bitumendecken. Dies macht solche Straßen nicht nur für Rollstuhlfahrer nutzbar, es erhöht die Sicherheit auch massiv für alle anderen Verkehrsteilnehmer.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Ein engmaschiges Netz von Verkehrslinien sowie eine häufige Bedienung der Haltestellen ist die Grundlage für einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr. Die Piratenpartei setzt sich deshalb dafür ein, dass das Nahverkehrsnetz in Hannover und der Region konsequent fortentwickelt wird. Dabei muss insbesondere auf die Belange des Pendlerverkehrs zwischen den Umlandgemeinden und Hannover Rücksicht genommen werden. Mittels regelmäßiger Fahrgastzählungen soll der Bedarf geprüft und gegebenenfalls die Bestellung der Betriebsdichte angepasst werden.

Eine Vereinfachung des Tarifsystems und Senkung der Fahrpreise halten wir für geboten, um die Attraktivität des Nahverkehrs und damit auch die Fahrgastzahlen zu steigern. Wir schlagen weiterhin vor, dass Jugendliche bis 25 Jahre den Nachtsternverkehr kostenlos nutzen dürfen. Dies ermöglicht ihnen

einen sicheren und entspannten Heimweg.

Der Ausbau von Stadtbahnstationen auf barrierefreie Hochbahnsteige soll wie geplant fortgesetzt werden. Der Ort der Haltestellen muss dabei vor allem an einer guten Erreichbarkeit orientiert sein. Die Haltestellenneubauten in der Limmerstraße sollen unserer Meinung nach deshalb etwa an den Positionen der bisherigen Haltestellen vorgenommen werden. Beispiele aus Hannover und aus anderen Städten wie zum Beispiel Stuttgart zeigen, dass eine gelungene Integration einer solchen Haltestelle in den öffentlichen Raum gut möglich ist und sowohl den öffentlichen Verkehr als auch den Straßenraum erheblich aufwertet.

Die Einrichtung eines zum Stadtbahnnetz konkurrierenden Niederflurnetzes lehnt die Piratenpartei ab. Die Zersplitterung des hannoverschen Schienenahverkehrs in zwei unverträgliche Untersysteme verursacht hohe laufende Kosten und vermindert die Qualität des Gesamtangebots.

Energiesparende Straßenbeleuchtung durch LED-Technik

Die Straßenbeleuchtung bietet ein hohes Energieeinsparpotential. Die Piratenpartei möchte dieses Potential möglichst schnell nutzen, da dies langfristig die kommunalen Finanzen entlastet. Wir plädieren dabei für eine schrittwei-

se Auf- und Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf moderne, stromsparende LED-Technik. Diese bietet gegenüber herkömmlichen Energiesparlampen eine wesentlich höhere Lebensdauer von über 10 Jahren und eine bessere Umweltverträglichkeit.

Weiterhin halten wir es für sinnvoll zu untersuchen, ob durch einen „Schlummermodus“ am späteren Abend zusätzlich Energie eingespart werden kann. Dabei wird die Lampe auf etwa ein Viertel der Leuchtkraft gedimmt, kehrt aber zur normalen Helligkeit zurück, sobald sich ein Verkehrsteilnehmer - Fußgänger, Radfahrer oder Auto - dem eingebauten Bewegungsmelder nähert.

Verkehrspolitik

Die Piratenpartei setzt sich für eine ausgewogene Verkehrspolitik ein und lehnt eine Überreglementierung ab.

Verkehrspolitik ist wie kaum ein anderes Politikfeld die "Politik des öffentlichen Raumes". Verkehrspolitische Entscheidungen bestimmen nicht nur, auf welche Weise der öffentliche Raum genutzt werden kann, sondern auch, wie stark auf die Belange der verschiedenen Nutzergruppen Rücksicht genommen wird.

Um die individuellen Mobilitätsbedürfnisse erfüllen zu können, sind bei verkehrspolitischen Entscheidungen die Belange des öffentlichen Verkehrs besonders zu berücksichtigen. Busse, Bahnen und andere gemeinschaftlich genutzte Verkehrsmittel wie zum Beispiel Car-Sharing Angebote ermöglichen auch solchen Bürgern eine hohe Mobilität, die sich kein eigenes motorisiertes Fahrzeug leisten können oder wollen. Gerade diese nutzen ergänzend zum öffentlichen Verkehr aber auch günstige und besonders genügsame Verkehrsmittel wie Fahrräder und die Fortbewegung zu Fuß. Auch ihre Bedürfnisse sind deshalb ernst zu nehmen, insbesondere dürfen Fuß- und Fahrradverkehr und öffentlicher motorisierter Verkehr nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Bei all dem müssen aber auch die Anforderungen des motorisierten individuellen Verkehrs angemessen berücksichtigt werden. Die hohe Nutzungsdichte von Autos ist eine gesellschaftliche Realität und vielfach auch eine Notwendigkeit, weil bestimmte individuelle Verkehrsbedürfnisse von öffentlichen Verkehrsträgern weder sinnvoll abgedeckt werden noch abgedeckt werden können. Das gilt insbesondere für zersiedelte ländliche Strukturen abseits von Ballungszentren.

Schließlich gibt es noch Bedürfnisse des Güterverkehrs, der ein wichtiges Standbein unserer gesamten Wirtschaft bildet und ebenfalls in hohem Maße auf funktionierende und seinen Anforderungen entsprechende Verkehrswege angewiesen ist.

Die Piratenpartei setzt sich für einen öffentlichen Raum ein, der allen gehört und in dem Regelungen nur auf der Grundlage zwingender Notwendigkeiten, nicht aber überregulierend oder aus ordnungspolitischen Gründen getroffen werden. Wir setzen auf den mündigen, selbstbestimmten Verkehrsteilnehmer und fordern deshalb ein Minimum an Regeln für Fußgänger, Rad- und Autoverkehr. Eine zu große Reglungsdichte vermindert die Akzeptanz der Verkehrsregeln insgesamt.

Verkehrspolitik im kommunalen Rahmen

Im öffentlichen Raum treffen die unterschiedlichsten Bedürfnisse und Anforderungen der verschiedenen Verkehrsteilnehmer aufeinander. Anders als noch vor zwei bis drei Jahrzehnten ist der Einzelne heute viel weniger auf ein bestimmtes Verkehrsmittel festgelegt als früher, so dass eine prinzipielle Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter Verkehrsträger nicht sinnvoll ist.

Ampelanlagen reduzieren und bedarfsgerecht einsetzen

Die Piratenpartei setzt sich für einen besser fließenden Verkehr durch intelligenter Ampeln ein.

Gerade im öffentlichen Verkehrsraum in Hannover gibt es seit etwa 20 Jahren eine andauernde Tendenz zu sehr starker Regulierung der Verkehrsströme von außen. Die dabei eingesetzten Mittel, insbesondere die umfassende Anwendung von Ampelanlagen, sind häufig zu unflexibel. Das liegt zum einen an regulatorischen Notwendigkeiten wie zum Beispiel Mindestschaltzeiten und Sicherheitspausen, zum anderen aber auch an der grundsätzlichen Unmöglichkeit, mittels einer Lichtsignalanlage die gesamte Verkehrssituation zu bewerten und anzupassen. Ampeln führen deshalb vielfach zu einer Leistungsminderung von Verkehrswegen. Die in Hannover eingesetzten Systeme be-

nachteiligen dabei häufig den motorisierten Individualverkehr, noch häufiger aber Fußgänger- und Fahrradverkehr. Die umfassende "Verampelung" von Verkehrswegen in Hannover gerade in den letzten zehn Jahren hat deshalb für alle Verkehrsteilnehmer zu einer Verschlechterung der Situation geführt. Diese Tendenz wollen wir umkehren. Kernpunkt dieses Programmes ist dabei die Deregulierung von Verkehrsströmen. Im Einzelnen bedeutet dies:

- **Abschaltung und Rückbau von unnötigen Ampelanlagen.** Dies betrifft insbesondere Ampeln an Kreuzungen von Neben- und Anliegerstraßen in Wohngebieten. Die beteiligten Straßenzüge sind häufig in den letzten Jahren umgestaltet, verschmälert und als Tempo-30-Zonen ausgewiesen worden. Hier reichen Zebrastreifen und bauliche Maßnahmen, wie Straßenverengungen oder Mittelinseln an Kreuzungen, zur Beruhigung des Autoverkehrs völlig aus. Auch Ampeln an Parkplätzeinfahrten oder Parkhauszufahrten sind unnötig.
- **Abschaltung von Ampelanlagen zu Schwachlastzeiten.** Eine Verkehrsregelung von außen ist nur notwendig, wenn eine bestimmte Verkehrsdichte überschritten wird. Gerade nachts ist dies in Hannover selbst auf den meisten Hauptverkehrsstraßen nicht gegeben. Diese Ampeln sind in diesen Zeiten unnötig und werden deshalb abgeschaltet.

– **Umrüstung von Kreuzungen mit Schienentrassen auf Warnlichter.**

Viele Ampelanlagen in Hannover sind in den letzten 15- bis 20 Jahren aufgebaut worden, um dem schieneengebundenen Nahverkehr "freie Fahrt" zu geben. Die dabei gewählten Methoden sind aus Sicht der Piratenpartei viel zu umfangreich. In vielen Fällen reichen Warnschilder völlig aus, um auf den vorrangberechtigten Schienenverkehr hinzuweisen. Bei unübersichtlichen Verkehrssituationen können diese durch Warnlichter oder in Ausnahmefällen durch Halbampeln ergänzt werden. Eine Beteiligung von Schienenverkehr an einer Verkehrskreuzung rechtfertigt allein nicht eine Vollsignalisierung der gesamten Kreuzung.

– **Umrüstung von Ampeln zu reinem Bedarfsbetrieb ("Schlafampeln").**

Fußgängerampeln sollen standardmäßig vollständig abgeschaltet sein. Nur auf Anforderung eines Fußgängers, der den Überweg ampelgesichert überqueren will, wird die Gesamtanlage überhaupt eingeschaltet und hält den Autoverkehr kurz an. Dieser Ampeltyp darf nicht mit den in letzter Zeit vermehrt verbauten Halbampeln verwechselt werden, der für den Autoverkehr in der Tat nur Gelb und Rot kennt, kreuzenden Fußgängern und Radfahrern aber stets mit rotem Licht das Überqueren auch einer völlig leeren Straße verbietet. Diese Ampeln lehnen die Piraten wegen ihrer massiven Be-

nachteiligung von Fußgängern und Radfahrern strikt ab und wollen sie bevorzugt zu echten Schlafampeln umbauen.

Generell sehen wir Ampelanlagen als Mittel zum Interessenausgleich zwischen verschiedenen Verkehrsträgern. Sie sind kein Mittel, Verkehrsteilnehmer zu "disziplinieren". Ampelanlagen, die zum Beispiel mittels Induktionsschleifen Fahrzeugabstände messen und zu "schnelle" Fahrzeuge mittels rotem Signal auszubremsen versuchen, lehnen wir ab. Hier sind bauliche Maßnahmen wie Fahrbahnverengungen oder Mittelinseln sinnvoller.

Komplettierung des Stadtbahnnetzes in der Innenstadt

Die Piratenpartei setzt sich für den Ausbau der D-Linie ein.

Das Grundkonzept des hannoverschen Stadtbahnnetzes ist auch nach 45 Jahren Planung und Bau noch nicht vollständig umgesetzt. Die Strecke nach Ahlem, Limmer und Linden-Nord wird in der Innenstadt bis heute auf den Gleisen des alten Straßenbahnnetzes geführt. Dessen Überbleibsel sind mit den Umsteigeknoten der Stadtbahntunnels nur schlecht verknüpft und besitzen nur einen geringen Ausbaustandard, was sich in niedriger Beförderungsqualität und langen Fahrzeiten niederschlägt. Zudem nehmen die Tras-

sen auf den engen innenstädtischen Straßen viel Platz weg.

Wir Piraten halten es für zwingend notwendig, diese Situation zu ändern. Als beste Lösung sehen wir den im ursprünglichen Stadtbahnkonzept vorgesehenen unterirdischen Ausbau der Trasse, den sogenannten "D-Tunnel". In einem ersten Ausbauschnitt kann dieser wie in den Planungen aus den 1990er Jahren vorgesehen vom Goetheplatz über Steintor und Hauptbahnhof/-Raschplatz bis unter die Berliner Allee geführt werden. Dies nutzt die baulichen Vorleistungen in den Stationen am Steintor und am Hauptbahnhof. Die Bauausführung soll dabei spätere Weiterführungen der Linie unter der Berliner Allee Richtung Marienstraße oder Zoo ermöglichen. Auch am anderen Ende soll die Option für eine Verlängerung des Tunnels unter die Limmerstraße offengehalten werden. Unter Nutzung der vielfältigen Fördermöglichkeiten durch Bund und Land sind die der Region entstehenden Kosten für diese Lösung tragbar.

Alternativ schlagen wir vor, die Linie aus Ahlem über die existierenden Trassen am Goetheplatz und in der Humboldtstraße in den Stadtbahntunnel Waterloo-Hauptbahnhof ("A-Tunnel") zu führen und damit den oberirdischen Streckenabschnitt Goetheplatz - Hauptbahnhof - Aegi komplett zu ersetzen.

Beide Lösungen verbessern die Anbindung der Stadtbahnlinie aus Linden-Nord an die übrigen Strecken entscheidend und werten die Aufenthalts-

qualität auf der Goethestraße, der Kurt-Schumacher-Straße und dem Bahnhofsvorplatz durch vielfältige neue Gestaltungsmöglichkeiten auf. Vor allem kann dann auch für den Fußgänger- und Fahrradverkehr ein sachgerechter Anteil am Verkehrsraum vorgesehen werden.

Förderung des Fahrradverkehrs

Die Piratenpartei setzt sich für eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Förderung des Fahrradverkehrs ein.

Das Fahrrad stellt für viele Transportaufgaben gerade im städtischen Kontext das flexibelste und gleichzeitig ressourcenschonendste Verkehrsmittel überhaupt dar. Die Region Hannover hat sich bereits zu einer konsequenten Förderung des Fahrradverkehrs bekannt. Die Piratenpartei unterstützt diesen Kurs vollständig.

In Bezug auf die Anforderungen und Ansprüche seiner Nutzer ist der Fahrradverkehr wohl das am wenigsten einheitliche Verkehrssystem. Von Kindern auf Schul- oder Freizeitwegen über Mittelstreckenpendler auf dem Weg zur Arbeit bis hin zu Vielfahrern mit überregionalen Wegen sind alle Nutzungsformen vertreten. Die Geschwindigkeit von Radfahrern kann ähnlich der von Fußgängern sein, reicht aber auch vielfach bis fast an die durchschnittliche Geschwindigkeit eines Autos im Stadtverkehr heran. All diese Nutzer des Ver-

kehrssysteme "Fahrrad" stellen an die Regulierung ihres Verkehrsmittels unterschiedliche Anforderungen, die nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind.

Die Piratenpartei setzt sich für eine möglichst flexible Regelung des Fahrradverkehrs ein. Da die Straßenverkehrsordnung eine Nutzungspflicht für Radwege vorsieht, halten wir diese nur für sinnvoll, wenn der Geschwindigkeitsunterschied zwischen motorisiertem und Fahrradverkehr erheblich oder das Verkehrsaufkommen hoch ist. Üblicherweise gilt dies an Hauptverkehrsstraßen oder an Straßen mit mehr als einer Fahrspur pro Richtung. Innerhalb von Tempo-30-Zonen sind Radwege generell nicht nötig. Um auch langsamere oder ungeübten Radfahrern ein Fortkommen zu ermöglichen, schlagen wir ferner vor, auf wenigen, besonders breiten Fußwegen das Radfahren in Schrittgeschwindigkeit und unter Beachtung des Fußgängervorrangs zu gestatten. Zum Beispiel auf dem Bahnhofsvorplatz funktioniert dieses Konzept gut. Das zeitabhängige Radfahrverbot in den Fußgängerzonen, zum Beispiel in der Innenstadt oder auf der Lister Meile, halten wir für sinnvoll und sehen keinen Grund zur Änderung.

Für die Radverkehrsführung in Hannover werden wir ein Gesamtkonzept umsetzen. Dabei ist für uns entscheidend, dass Radverkehrswege über längere Distanzen definiert werden und dann einen durchgängigen Ausbaustandard aufweisen. Wir halten es dabei für sinn-

voll, für den Radverkehr eigene, vom Verkehrsnetz für den motorisierten Verkehr unabhängige Hauptverkehrsachsen festzulegen. Die Genügsamkeit und das Geschwindigkeitsprofil des Verkehrsmittels "Fahrrad" ermöglicht es, auch Nebenstraßen und Wege in Naherholungsgebieten als solche Hauptachsen zu verwenden. Die dadurch entstehende Entzerrung der Verkehrsströme insgesamt erhöht die Sicherheit und den Komfort für alle Verkehrsteilnehmer.

Die Piratenpartei hält es für äußerst wünschenswert, den momentan vakanten Posten des "Fahrradbeauftragten" wieder zu besetzen und den Radverkehr damit in der städtischen Verkehrsplanung und bei der Umsetzung von Verkehrsplanungen angemessen zu berücksichtigen.

Sozialpolitik

Teilhabe aller Bürger durch Barrierefreie Gestaltung

Sozialtarife

Die Piratenpartei ist für die Fortführung und Erweiterung des Hannover-Aktiv-Passes. Komplizierte Anträge wie bei dem beschlossenen Bildungspaket, verhindern, dass die Angebote tatsächlich bei den Kindern und Jugendlichen ankommen.

Webseiten

Die Piratenpartei wird im Rat vorantreiben, dass die im Jahr 2002 verabschiedete Verordnung zur Barrierefreiheit (BITV) auf allen Verwaltungsebenen umgesetzt wird. Als Wissenschaftsstandort soll die Stadt und die Region Hannover allen Bürgern die Teilhabe an Wissen und Informationen ermöglichen und so als Landeshauptstadt eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, in allen öffentlichen Gebäuden einen allgemein nutzbaren kostenlosen Internetzugang bereitzustellen.

Heutzutage gehören EDV-Kenntnisse und eine E-Mailadresse zum Bewer-

ungsverfahren, ins Berufsleben sowie in die Freizeitgestaltung.

Um es mit dem Grundsatzprogramm der Piratenpartei zu sagen: „Der Zugang zur digitalen Kommunikation ermöglicht es, voll am sozialen Leben teilzuhaben, frei zu publizieren, sich Zugang zu öffentlichen Informationen zu verschaffen und sich damit weiterzubilden, sowie sich auch online wirtschaftlich oder kulturell zu betätigen.“

Öffentliche Gebäude

Bei Neu- und Umbauten öffentlicher Gebäude setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass die Abmessungen und das Traggewicht von Fahrstühlen auch auf elektrisch betriebene Rollstühle abgestimmt werden.

Ebenso sollen die Sanitäreinrichtungen stets auf die Bedürfnisse von Rollstuhlfahrern abgestimmt sein.

Öffentliche Toiletten

Alle öffentlichen Toiletten sollen nach unserer Ansicht auch mit mindestens einer Kabine für Rollstuhlfahrer und Rollstuhlfahrerinnen ausgestattet sein. Damit diese nur von diesem Personenkreis benutzt werden kann, sollen sie mit dem Euroschlüssel (Bundesweiter Toilettenschlüssel) bedienbar sein.

Beratungsstellen

Die Piratenpartei ist für den Erhalt der Bürgerbüros. Trotz der Sparpläne in der Gemeindefinanzierung darf diese Ansprechmöglichkeit für den Bürger nicht wegfallen.

Politik behindertengerechter gestalten

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Gesetze und Verordnungen, im Besonderen solche, die für Menschen mit Behinderungen relevant sind, in verständliche Sprache „übersetzt“ werden.

Kostenfreie Büchereien

Die Piratenpartei setzt sich für den Erhalt bestehender Bibliotheken ein. Eine gut ausgebildete Bevölkerung ist unabdingbar für ein freiheitlich-demokratisches und fortschrittliches Gemeinwesen.

Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln

Vereine und Jugendhäuser

Die Piratenpartei setzt sich für den Erhalt und die Unterstützung aller Vereine und Jugendhäuser ein, da diese wichtige gesellschaftliche Begegnungsstätten sind. Die Förderung kulturellen Austausches durch Sport- und Musikvereine

sowie Jugendhäuser ist besonders für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wichtig. Dadurch werden sprachliche und kulturelle Barrieren minimiert und ein Zusammenleben erleichtert.

Verwaltung

Die Piratenpartei will sich dafür einsetzen, dass Verwaltungsmitarbeiter und Beamte interkulturell geschult werden. Sie sind in vielen Punkten für Menschen mit ausländischen Wurzeln erste Ansprechpartner und Vermittler und sollten deswegen neben ihrem Fachwissen, weitere Kenntnisse über fremde Kulturen haben.

Umwelt

Das Grundsatzprogramm der Piratenpartei gibt die Leitlinie vor, an der sich unser Kommunalwahlprogramm orientiert:

Nachhaltigkeit (Freiheit für nachfolgende Generationen)

Die Piratenpartei steht für Nachhaltigkeit. Deshalb wollen wir so handeln, dass auch in Zukunft die Grundlagen für eine würdige Existenz in Freiheit vorhanden sind. Voraussetzung dafür ist ein transparenter und verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Lebenswerte Umwelt (Lebensgrundlagen sichern)

Wir wollen eine gesunde und natürliche Umwelt erhalten. Dies bedeutet die Reduktion des Eintrages von schädlichen Stoffen in unsere Umwelt und den Schutz und die Wiederherstellung von Naturräumen, insbesondere derer mit einer hohen Artenvielfalt.

Umgang mit Ressourcen

Wir wollen einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Dafür müssen endliche und regenerative Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Um nachfolgenden Generationen auch Möglichkeiten zu erhalten, sollen generative Ressourcen in großem Umfang genutzt werden und soweit möglich die Verwendung von endlichen und regenerativen Ressourcen ersetzen.

Energiepolitik

Wir wollen eine langfristig sichere und umweltschonende Energie-Infrastruktur. Dies bedeutet eine Umstellung von endlichen Energieträgern auf generative und regenerative Energiequellen. Regenerative Energieträger sollen dabei nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit genutzt werden und nicht in Konkurrenz zu anderen Umweltzielen stehen. Außerdem wollen wir eine transparente dezentralisierte Erzeugerstruktur. Nur so kann eine Partizipation jedes Bürgers erreicht und Monopolstellungen verhindert werden.

In Anlehnung an dieses Grundsatzprogramm haben wir uns folgende Umweltziele in der kommunalpolitischen Arbeit gesetzt:

Sanierung der Altlast am De-Haen-Platz (Hannover-List)

Die Piratenpartei setzt sich für eine Sanierung der Altlast am De-Haen-Platz durch die Kommune ein.

Der Ursprung dieser Altlast geht auf die Produktion der Chemischen Fabrik von Eugen de Haen zurück, die in dem Gebiet bis 1902 ansässig war. Nach der Umsiedlung des Betriebes wurden die Fabrikgebäude abgerissen. Auf dem Bauschutt, der auch mit Produktionsresten durchsetzt war, wurde nachfolgend durch die Stadt Hannover eine Wohnbebauung zugelassen. Bei Bodenuntersuchungen im Jahr 2008 wurde ein erheblicher Sanierungsbedarf wegen chemischer und radiologischer Rückstände im Boden festgestellt. Die Sanierungskosten der Grundstücke sollen nun die Wohnungseigentümer tragen.

Wir wollen, dass die Wohnungseigentümer einen Vertrauensschutz genießen. Wenn für das betroffene Areal eine Eignung für die Wohnbebauung durch die einst zuständigen Behörden festgestellt wurde darf es nicht sein, dass durch das 1998 eingeführte Bundesbodenschutzgesetz die Wohnungseigentümer plötzlich die Sanierungskosten tragen müssen.

Auch hier gilt: Die Piratenpartei will das „gläserne Rathaus“. Entscheidungen von Behörden und der Politik müssen nachvollziehbar und transparent sein. Transparenz setzt auch voraus, dass Bürgerinnen und Bürger freien und schnellen Zugriff auf Untersuchungen und Dokumente haben, um für sich fundierte Entscheidungen zu treffen.

Einrichtung eines Altlastenfonds

Die Piratenpartei will sich für die Einrichtung eines Altlastenfonds einsetzen.

Die Auseinandersetzung der Wohnungseigentümer am De-Haen-Platz mit der Stadt Hannover und der Region um die Sanierungskosten zu der dortigen Altlast verdeutlichen die Dringlichkeit, mit der ein Altlastenfonds eingerichtet werden muss. Immerhin gibt es noch eine Vielzahl weiterer belasteter Flächen in und um Hannover – entstanden durch wirtschaftliche Aktivität oder durch Kriegeinwirkung, bei denen es kostenintensive Sanierungsbedarfe gibt. Wir sehen es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, diese Lebensräume wieder herzustellen, so dass keine Gefahr mehr für Umwelt und Gesundheit von ihnen ausgeht. Mit den aktuellen finanziellen Belastungen der Kommunen lässt sich diese Aufgabe nicht bewältigen. Hier bedarf es der Einrichtung eines Altlastenfonds auf Landes- und/oder Bundesebene, der mit geeigneten finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Dafür will sich die Piratenpartei einsetzen.

Stadt Begrünung

Wir wollen einen Ausbau der Grünflächen im Stadtgebiet Hannovers und in den Regionalkommunen.

Stadtgrün leistet einen wesentlichen Beitrag zu einem angenehmen Stadtkli-

ma. Es trägt zur Reinhaltung der Luft bei, sorgt für Kühlung bei Hitze durch Schatten und Verdunstung, vermindert Lärm und bietet Lebensraum für einige Tierarten. In Anbetracht eines fortschreitenden Klimawandels, der nach den derzeitigen Prognosen mit einer Häufung von Extremwetterlagen einhergehen wird, ist präventives Handeln gefordert. Insbesondere im städtischen Bereich müssen jetzt die Weichen für ein erträgliches Stadtklima in der Zukunft gestellt werden. Die Piratenpartei will sich dafür einsetzen, dass die zunehmende Flächenversiegelung insbesondere im Stadtgebiet Hannovers gestoppt und teilweise rückgängig gemacht wird. Beim Ausbau von Verkehrswegen und Plätzen soll eine begleitende Grünplanung durchgeführt werden. Mit diesen Maßnahmen erreichen wir eine Verbesserung der Lebensqualität in den Städten und Kommunen.

Fassaden und Dachbegrünung

Wir wollen stärkere Anreize für private Investitionen in Fassaden- und Dachbegrünungen schaffen.

Mit Fassaden- und Dachbegrünungen wird eine Verbesserung der Lufthygiene erreicht. Sowohl Staub als auch Schadstoffe werden gefiltert. Im Sommer sorgen die Begrünungen für eine natürliche Kühlung der Fassaden- und Dachflächen, im Winter dienen sie als Wärmedämmung (Energieeinsparpotential). Die Oberflächen an begrünten

Bauwerken sind somit weniger stark den physikalischen Belastungen durch Temperaturschwankungen ausgesetzt. Einige Tierarten finden zusätzlichen Lebensraum. Mit Fassaden- und Dachbegrünungen können Gebäude optisch aufgewertet werden. Insgesamt leisten die Maßnahmen einen Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität.

Energieversorgung

Die Piratenpartei will eine Strom-, Wärme- und Gasversorgung aus erneuerbarer Energie.

Aus Sicht der Piratenpartei ist eine Energiegewinnung aus Atomkraft und fossilen Energieträgern nicht verantwortbar. Die gravierenden Unfälle und Störfälle in Atomkraftwerken und der ungeminderte Ausstoß von Schadstoffen aus Kohle- und Gaskraftwerken können nicht länger hingenommen werden. Wir wollen – insbesondere zusammen mit den kommunalen Energieversorgern – einen Kurs einschlagen, mit dem eine schnellstmögliche Energiegewende eingeleitet wird. Langfristig streben wir eine dezentrale Energieversorgung und energieautarke Metropolregion Hannover an. Aus unserer Sicht bietet die Metropolregion ausreichend Potential für eine unabhängige Energieversorgung. Dabei sollen bereits bekannte Techniken der Energiegewinnung aus Wind, Sonne, Biogas und Erdwärme eingesetzt und weiterentwickelt werden. Wir wollen die kommunalen

Energieversorger gegenüber den Energie-Monopolisten stärken.

Die Piratenpartei will eine stärkere Beteiligung der Geothermie an dem Energiemix in der Metropolregion. In der Drucksache 15/1835 aus dem Jahr 2003 wird bereits umfassend über die Möglichkeiten der geothermischen Nutzung in Deutschland an den Deutschen Bundestag berichtet und es werden die Handlungsfelder aufgezeigt. Den dort gewonnenen Erkenntnissen folgten allerdings bisher wenige Projekte, um zu forschen und die Techniken weiter auszubauen. Die Region bietet zur Weiterentwicklung der Energiegewinnung aus Erdwärme eine hervorragende Infrastruktur bezüglich der natürlichen und institutionellen Ressourcen.

Umweltzone

Die Piratenpartei will die Umweltzone im Stadtgebiet Hannovers abschaffen.

Eine positive Auswirkung der eingerichteten Umweltzone auf die Luftqualität ist sehr umstritten. Die Zufahrtsbeschränkungen für bestimmte Kraftfahrzeuge sind offenbar wirkungslos. Wir sehen in den Mitbürgerinnen und Mitbürgern mündige Menschen. Wir wollen daher mehr Angebote schaffen statt Verbote durchsetzen, um eine Reduzierung der Schadstoffe in der Luft zu erreichen.

Die Piratenpartei hält es in erster Linie für notwendig, den ÖPNV attraktiv und leistungsfähig auszubauen. Dazu zählt

auch die Realisierung des D-Tunnels in der Innenstadt. Die dadurch freiwerdenden Flächen sollen für die Erweiterung von Rad- und Fußwegen genutzt werden und zur Anlage von Stadtgrün (vorzugsweise Bäume). Weiterhin kann der Individualverkehr für alle Verkehrsteilnehmer erheblich dereguliert werden (was auch zur Minderung des Schadstoffeintrags führt), bei gleichzeitiger Steigerung der Verkehrssicherheit. Die Piratenpartei geht auch davon aus, dass sich zunehmend mehr Elektrofahrzeuge am Markt etablieren werden. Wir möchten durch geeignete Maßnahmen Anreize zu einer bevorzugten Nutzung solcher abgasfreien Fahrzeuge im Stadtverkehr schaffen.

Die Piratenpartei lehnt bauliche Maßnahmen im Bereich der Innenstadt ab, wenn sich diese u.a. direkt oder indirekt negativ auf die Luftqualität auswirken. Die geplante Bebauung des Klagesmarktes ist dafür ein Beispiel. Auf der bisher als Parkplatz und für Veranstaltungen genutzten Fläche in der Innenstadt soll ein großer Gebäudekomplex aus Wohnungen und Geschäften entstehen. Das hätte zur Folge, dass die vorhandenen Parkplätze wegfallen und gleichzeitig, durch die Anfahrten zu dem Gebäude, ein höheres Verkehrsaufkommen entsteht. Die Folge: mehr Emissionen durch den zusätzlich provozierten Verkehr und dem zu erwartenden Parksuchverkehr. Wir Piraten meinen, dass die Stadt Hannover den Bürgerinnen und Bürgern keine Auflagen zur Erreichung von Umweltzielen machen kann, während sie sich bei ih-

*Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2011
des Regionsverbandes Hannover der Piratenpartei Deutschland*

ren Planungen selbst aus der Verantwortung stiehlt.



**Wahlprogramm des Regionsverbandes Hannover
der Piratenpartei Deutschland zur Kommunalwahl 2011**

Verantwortlich: Piratenpartei Deutschland Regionsverband Hannover
c/o cantamen GmbH
Odeonstraße 3
30159 Hannover

Stand: Juli 2011



Quelle: <http://wiki.piratenpartei.de/>
Gestaltung: Dirk Hillbrecht, dirk@hillbrecht.de
Gestaltet mit: Libre Office
Lizenz: CC-BY-SA 3.0

v1, 2011-07-27